



DER PARITÄTISCHE

Sonderausgabe
Förderstopp

AGIUA e.V. Migrations- und Jugendarbeit • AK Asyl Bielefeld, Arbeit und Bildung • ASB Kreisverband Uckermark • Asyl e.V. Hildesheim • Begegnungs- und Fortbildungszentrum für muslimische Frauen Köln • Begegnungszentrum für Ausländer und Deutsche Ibbenbüren • Berlin-Brandenburgische Auslands-Gesellschaft • Das Boot Wismar • Deutscher Familienverband Landesverband Sachsen-Anhalt • Paritätischer Wohlfahrtsverband Landesverband Rheinland Pfalz / Saarland e.V. • Exil Osnabrücker Zentrum für Flüchtlinge • Familienhaus Magdeburg • Familienzentrum Müze • fka Freundeskreis Asyl Karlsruhe • Frauen für Frauen Leipzig • Frauen helfen Frauen in Not • Frauenberatungs- und Kontaktstelle/ Notruf für vergewaltigte und sexuell mißbrauchte Frauen und Mädchen • Frauenberatungsstelle Gelsenkirchen e.V. in Koordination mit E.F.A.e.V. • Frauengesundheitszentrum Sirona • Frauenhilfe München • Frauennotruf Nürnberg - Beratungsstelle und Fachzentrum für Frauen mit sexuellen Gewalterfahrungen • Frauenzentrum Cottbus • Frauenzentrum TOWANDA Jena • Freiwilligenagentur Marburg-Biedenkopf • Freundeskreis Asyl Rottweil • Für eine kulturvolle, solidarische Welt/ S.U.S.I. • Gemeinnützige Gesellschaft zur Unterstützung Asylsuchender • Gesellschaft für Arbeit und Soziales • Gesellschaft für Inklusion und Soziale Arbeit • Help • Hilfe von Mensch zu Mensch • Ibis • IFF-REFUGIO MÜNCHEN • Informationsverbund Asyl und Migration • Initiative für Internationalen Kulturaustausch IIK • Inssan • Interkular • Internationale Jugendgemeinschaftsdienste LV Mecklenburg-Vorpommern • Kargah Verein für interkulturelle Kommunikation, Flüchtlings- und Migrationsarbeit /SUANA Frauenberatung • Kinder im Zentrum Gallus • Kontakt Eberswalde • Kontakt und Beratungsstelle für Flüchtlinge und Migrant_innen • Landesnetzwerk Migrantenorganisationen • Mannheimer Frauenhaus • Mütterzentrum Vahr • Netzwerk für Flüchtlinge Rödermark • Paritätischer Landesverband / Deutscher Familienverband, Landesverband Thüringen • Paritätischer Wohlfahrtsverband Schleswig Holstein • pro familia - Deutsche Gesellschaft für Familienplanung, Sexualpädagogik und Sexualberatung, Landesverband Hamburg • pro familia Deutsche Gesellschaft für Familienplanung, Sexualpädagogik und Sexualberatung e.V. Landesverband Rheinland-Pfalz • Refugio München • Refugium Wesermarsch • Rom • Stiftung Akademie Waldschlösschen • Triphon • TRITTA* - Verein für feministische Mädchenarbeit • Unsere Welt eine Welt • Verbund von Migrantenorganisationen in Dortmund • Verein für ganzheitliche Bildung Barnstorf • Verein für Kinder- und Jugendarbeit Hessisch-Oldendorf • Verein zur interkulturellen Beratung und Betreuung im Gesundheitsbereich von Essen und dem Ruhrgebiet • Volkssolidarität Uecker-Randow • Volkssolidarität Bundesverband • Welcome in Fulda! • Wildwasser Oldenburg - Fachberatungsstelle gegen sexualisierte Gewalt an Mädchen und Frauen • Xenion • Yekmal



**WENIGER
FÖRDERUNGSWÜRDIG**

**WIE DIE BUNDESREGIERUNG DIE FÖRDERUNG VON EHRENAMTSPROJEKTEN
UND PROJEKTEN ZUM EMPOWERMENT GEFLÜCHTETER FRAUEN BEENDET.**

„Es ist uns völlig unverständlich, warum wir plötzlich nicht mehr förderwürdig genug sind.“

Seit 2016 wird unter dem Dach des Paritätischen erfolgreich bundesweit Empowermentarbeit für geflüchtete Frauen geleistet und werden zahlreiche Ehrenamtsprojekte in der Flüchtlingshilfe umgesetzt. So sollte es auch 2020 und 2021 sein. Aber ohne Ankündigung wurden alle Fortsetzungsanträge für die Projektförderung, die 25 Mitgliedsorganisationen des Paritätischen im Bereich Empowerment geflüchteter Frauen sowie 43 Träger für Ehrenamtsprojekte gestellt hatten, nicht bewilligt. Vier Tage vor Heiligabend.

Frauen auf der Flucht (Symbolbild)

So war es geplant: Direkt zu Jahresbeginn 2020 sollten 20 Kultur- und Sprachmittler*innen mit Fluchthintergrund in Hamburg zu Multiplikator*innen fortgebildet werden. Thema: Erweiterung ihrer Kenntnisse im sensiblen Themenfeld sexuelle und reproduktive Gesundheit und Rechte (SRGR) mit dem Ziel, ihr Know-How in ihrer Muttersprache weitergeben zu können – ein klassischer Peer-to-Peer-Ansatz. Kerstin Falk, Geschäftsführerin von pro familia Hamburg, hatte viele Monate lang das Vorhaben organisiert und ihm vor den Weihnachtsfeiertagen noch den letzten Schliff gegeben. Da ahnte sie nicht, dass auf der politischen Ebene längst entschieden worden war, ihren Fortsetzungsantrag für das Projekt „Flucht Focus Frau“ als ‚weniger förderungswürdig‘ einzustufen, die beantragten Gelder also nicht zu bewilligen. Das Projekt wurde bereits seit 2016 durch Fördermittel der Integrationsbeauftragten des Bundes (30.000 Euro/Jahr) erfolgreich umgesetzt.

Ein wichtiger Schutzraum fällt weg

Wie ‚weniger förderungswürdig‘ unter den Antrag für 2020/21 gesetzt werden konnte, „ist für uns alle nicht nachvollziehbar“, so Kerstin Falk. Nun muss sie zusehen, wie das erfolgreich laufende Projekt wenigstens noch ein Vierteljahr gestemmt werden kann. Es hat die afghanische Krankenschwester Nahid Yakmanesh beschäftigt und ihr ermöglicht, sich als systemische Beraterin ausbilden zu lassen. Sie realisierte gemeinsam mit einer Frauenärztin und/oder Sexualpädagogin von pro familia Informationsveranstaltungen zu Frauengesundheit, Schwangerschaft, Geburt, Familienplanung, Verhütungsberatung, sexuelle Gesundheit, weibliche Genitalverstümmelung und sexualisierte Gewalt direkt in Flüchtlingsunterkünften im Großraum Hamburg. Bei Bedarf konnten sich Bewohnerinnen und Paare individuell muttersprachlich beraten lassen. „Es war ein Schutzraum, in dem Mädchen und Frauen über tabuisierte Themen sprechen konnten. Es war ein Raum, der für ihre Selbstbestimmung in Be-

zug auf das Frau-Sein und die eigene Sexualität förderlich war, eine erfolgreiche Empowermentarbeit“, schildert Nahid Yakmanesh. Neben ihrer Beraterinnen-tätigkeit koordinierte sie ab 2017 den Einsatz von 16 Kultur- und Sprachmittlerinnen mit Fluchthintergrund in ganz Hamburg. Sie waren mit Hilfe von Mitteln des Integrationsfonds des Hamburger Senats für das Thema SRGR sensibilisiert worden und übernahmen Übersetzungen in dreizehn Sprachen. „Mit unserem Projekt hat das Thema SRGR in der Flüchtlingshilfe in Hamburg eine kulturelle Öffnung erlebt“, sagt Kerstin Falk. Es wurden über 142 Gruppenveranstaltungen durchgeführt und inklusive der Einzelberatungen rund 1.300 Frauen, Mädchen und besonders schutzbedürftige Menschen erreicht.

Geflüchtete Frauen machen fast immer Gewalterfahrungen

Leider wurde nicht nur dieser Träger vom Ende seiner Projektförderung überrascht. Betroffen davon sind alle 25 Mitgliedsorganisationen des Parität-

tischen, die ab 2016 mit Förderung der Bundesregierung Empowermentarbeit mit und Projekte für geflüchtete Frauen sowie für andere besonders schutzbedürftige Personengruppen wie LSBTI*, traumatisierte Geflüchtete oder Minderjährige umgesetzt haben. Es wurden Konzepte entwickelt, Strukturen aus- oder umgebaut und teils Personalstellen geschaffen, um in einer großen Vielfalt Angebote für diese Zielgruppen vorzuhalten. Viele nahmen sich traumatisierter und seelisch hoch belasteter geflüchteter Frauen an, für deren Bedarfe das reguläre Hilfesystem nicht hinreichend niedrigschwellige Angebote zur Verfügung stellen kann. „99 Prozent der Frauen, die in Flüchtlingsunterkünften leben, haben auf ihrer Flucht Gewalterfahrungen gemacht“, schildert Lydia Dietrich, Geschäftsführerin der Frauenhilfe München. Ihre Organisation setzte mit der Förderung ein Projekt um, das die traumasensible Stabilisierung zum Thema macht. Diese sei eine wesentliche Voraussetzung für die Verarbeitung von Gewalterfahrungen und den weiteren Integrationsprozess. Herz des Projektes war die mobile und individuelle Beratung in Unterkünften im Großraum München, für die eine Traumatherapeutin und professionelle Übersetzerinnen eingesetzt waren. Von der Expertise des Teams profitierten auch die Fachkräfte vor Ort. Das Projekt zielte darauf, „den Frauen wieder Sicherheit zu geben, Vertrauen aufzubauen und ihre Selbstwirksamkeit zu steigern und ihr Selbstwertgefühl zu stärken“, erläutert Dietrich das Konzept. Von Juni 2016 bis Ende 2019 konnten 618 stabilisierende Beratungen bei insgesamt 90 Frauen durchgeführt werden. Im Rahmen von 40 Terminen in verschiedenen Unterkünften fanden stabilisierende, ressourcenorientierte und achtsamkeitsfokussierte Gruppenangebote mit nahezu 200 Teilnehmerinnen statt. Lydia Dietrich betont, dass mit der Fördersumme von 30.000 Euro im Jahr das Maximum für die Frauen rausgeholt worden sei. „Es ist uns völlig unverständlich, warum wir plötzlich nicht mehr förderwürdig genug sind. Alles bricht ohne Vorwarnung weg.“ Die Frauenhilfe München versucht, das Projekt über die eingeworbenen Spendengelder von 2019 noch

bis Ende 2020 weiter zu finanzieren. „Wir können unser Engagement nicht abrupt stoppen“, betont Dietrich, „aber ab 2021 wird es beendet werden müssen.“

Über 100 Frauen beraten

Auch in Hannover wird es langfristig einen ‚Schutzraum‘ weniger geben. Denn das Projekt „Beratung und Unterstützung von Gewalt betroffenen und traumatisierten geflüchteten Frauen“ erhält ebenfalls ab 2020 keine Förderung mehr und wird seine seit 2016 etablierte mobile, mehrsprachige psychosoziale Begleitung für Frauen in Unterkünften einstellen müssen. Hier wurden auch geflüchtete Frauen begleitet, die privat untergekommen und die noch weniger Zugang zum Hilfesystem haben. „Wir sind sehr traurig, es ist der Verlust eines Herzensprojekts“, berichtet die Projektverantwortliche Tanja Kovačević von kargah e.V. (Verein für interkulturelle Kommunikation, Flüchtlings- und Migrationsarbeit), der in Kooperation mit der SUANA-Beratungsstelle für von häuslicher Gewalt, Stalking und Zwangsheirat betroffener Migrantinnen seit 2016 das Projekt durchführt. Eine Initiative von Migrantinnen und geflüchteten Frauen für ihre Community, mit der allein in 2019 über hundert Frauen mit Gewalterfahrung beraten und in ihrer Krisensituation aufgefangen wurden. Ein großer Erfolg ist das in gemeinsamer Herausgeberschaft mit dem Paritätischen Gesamtverband und in neun Sprachen veröffentlichte Booklet „Rechte für alle Frauen“. Das illustrierte Heftchen wurde von kargah entwickelt und informiert niedrigschwellig, in einfacher Sprache und kultursensibel über die grundlegenden Frauen- und Menschenrechte, über Gleichberechtigung und Gendergerechtigkeit. Es wird seit Anfang 2018 bundesweit versendet und findet großen Anklang: bei Geflüchteten wie Fachkräften, in Unterkünften, in der Flüchtlingssozialarbeit, in Integrations- und Sprachkursen, in Frauenberatungsstellen und Familienzentren, in Ämtern. Die Nachfrage ist hoch und es gibt Restbestände der Auflage, aber „wer soll den bundesweiten Versand jetzt zahlen?“, fragt sich Tanja Kovačević. Gewiss ist für das kargah-Team nur, dass sie auch

ohne Förderung einzelne Projektstränge aufrecht erhalten wollen. „Wir führen die aufsuchende Arbeit in den Unterkünften fort, aber reduziert, so wie es unsere Kapazitäten ohne Förderung erlauben.“

Kollege entschuldigte sich

Alle Projektverantwortlichen zeigen sich besorgt über die Lücken, die in den Angeboten für die vulnerablen Zielgruppen unter den Geflüchteten entstehen. Lydia Dietrich fordert „anstatt den Abbau, den Ausbau solcher Projekte“. Tanja Kovačević spricht sich dafür aus, dass eine wertschätzende Kommunikation und Zusammenarbeit auf Augenhöhe „ein Muss ist“. Transparenz und Kommunikation über die Gründe der Ablehnung seien das Mindeste, was Kooperations- und Geschäftspartner*innen gegenseitig erwarten sollten, sagt Barbara Korsmeier von der Frauenberatungs- und Kontaktstelle Gelsenkirchen e.V. ganz offen. „Der Kollege der Caritas, der erfuhr, das er eine weitere Förderung im Feld des Ehrenamts bekommt, entschuldigte sich im Namen seines Wohlfahrtsverbandes für diese allen unverständliche Vorgehensweise aus ‚Berlin‘.“ Derzeit gibt es keine Entwarnung, es ist so, wie Hanka Lindner vom Frauenzentrum Cottbus e.V. bilanziert: „Wir können unsere Arbeit nicht einfach abbrechen, wissen aber auch nicht, wie sie ohne die Förderung zu leisten sein soll.“ Es ist ad hoc nicht messbar, welcher Schaden langfristig für die Engagierten, die Zielgruppe und das Hilfesystem entstehen wird.

Verena Mörath

Weitere Infos

[pro familia Hamburg](http://www.profamilia-hamburg.de)
www.profamilia-hamburg.de
[Frauenhilfe München](http://www.frauenhilfe-muenchen.de)
www.frauenhilfe-muenchen.de
[kargah](http://www.kargah.de)
www.kargah.de
[Frauenberatungs- und Kontaktstelle Gelsenkirchen](http://www.frauenberatung-ge.de)
www.frauenberatung-ge.de
[Frauenzentrum Cottbus](http://www.frauenzentrum-cottbus.de)
www.frauenzentrum-cottbus.de

„Da jetzt zu Teilen Schluss machen zu müssen, ist schon sehr hart.“

Harald Löhlein (links), Abteilungsleiter Migration und Ulrich Schneider (rechts), Hauptgeschäftsführer des Paritätischen Gesamtverbandes haben kein Verständnis für die Streichungen der Mittel in den Bereichen Ehrenamt und Empowerment geflüchteter Frauen. Im Interview erzählen sie, wie sie das Vorgehen der Integrationsbeauftragten empfinden und was noch zu retten ist. Die Fragen stellte Philipp Meinert.



Herr Löhlein, wie haben Sie von den Mittelkürzungen der Förderungen erfahren?

L: Das haben wir direkt vom Arbeitsstab der Integrationsbeauftragten, Staatsministerin Annette Widmann-Mauz erfahren. Wir sind die Zentralstelle, wir stellen den Antrag und wir sind in Kommunikation mit den Zuwendungsbehörden. Anfang Oktober haben wir den Antrag gestellt und waren eigentlich auch zuversichtlich, dass alles bewilligt wird. Denn die Projekte waren überwiegend bereits seit drei Jahren in der Förderung und wir hatten seitens der Fördergeberin bislang keinerlei Kritik gehört. Ganz im Gegenteil. Am 19. Dezember 2019, als viele schon in den Weihnachtsferien waren, haben wir dann die Rückmeldung bekommen, dass all unsere Projekte aus den Bereichen des Ehrenamtes und Empowerments für geflüchtete Frauen ab 2020 von der Integrationsbeauftragten nicht weiterfinanziert werden.

Was waren die ersten Schritte seitens des Paritätischen?

L: Wir haben sofort unsere Mitglieder informiert. Wir haben uns aber auch umgehend an den Arbeitsstab der Integrationsbeauftragten gewendet, unser Unverständnis ausgedrückt und kurzfristig um ein Gespräch gebeten. Der Arbeitsstab hat aber bis zum 10. Januar überhaupt nicht reagiert. Unser Finanzdirektor hat auch versucht, Kontakt zu bekommen. Doch wurde uns lediglich mitgeteilt, man würde erst mit uns sprechen, wenn die einmonatige Klagefrist verstrichen sei. Man hat uns also erst zum letztmöglichen Zeitpunkt informiert und wollte dann nicht einmal mit uns sprechen.

Herr Schneider, wie schätzen Sie diese Vorgänge politisch ein?

S: Man kann erst einmal nichts dagegen haben, dass Regierungen Förderungen auch mal beenden oder andere Projekte als zuvor gefördert werden.

Was ich jedoch als außerordentlich schwierig einschätze, sind zwei Dinge: Ist es derzeit und angesichts der jetzigen politischen Lage wirklich der richtige Zeitpunkt, erfolgreichen Projekten die Förderung zu entziehen? Wir denken nicht.

Zum anderen ist die Art, wie hier Fördermanagement betrieben wird, sehr problematisch. Hier handelt es sich ja um Projekte, die bereits seit drei, teilweise vier Jahren gefördert wurden. Es wurden Strukturen aufgebaut, es wurden Netzwerke mit ehrenamtlichen Menschen geschaffen – also Menschen, die ihre Freizeit einbringen in diese Projekte. Ich denke, wenn gefördert wird, muss man auf Verlässlichkeit, Strukturen und Anerkennung der Projekte in der Region nicht nur Rücksicht nehmen, sie müssen mit ausschlaggebend in der Entscheidung sein, was wo gefördert wird. Sollte man dennoch zu dem Schluss kommen, es wird ein Ende gemacht, dann muss es so gemacht werden, dass die Projekte damit umgehen können. Dann kann

man denen nicht am 19. Dezember sagen, dass ihnen am 1. Januar der Geldhahn zugedreht wird und sie zusehen sollen, wie sie zurechtkommen. Die Projekte haben ja Ausgabeverpflichtungen, sowohl Personal- als auch Sachkosten wie zum Beispiel Miete. Das heißt, dass sie bei einem solchen Fördermanagement erst einmal auf ihren Kosten sitzen bleiben. Für mich ist das auch eine gewisse Form von Ignoranz, die da reinspielt gegenüber dem, was sich vor Ort abspielt. Das ist politisch inakzeptabel. Wir brauchen eine politische Diskussion darüber, wie man Förderung nachhaltig und sinnvoll gestalten kann.

Was war Ihrer Meinung nach der Grund für die Kurzfristigkeit der Absage?

S: Wenn man auf den letztmöglichen Termin geht und das mit der Aussage, man wolle mit uns nicht sprechen, bevor nicht alle Rechtsmittelfristen abgelaufen sind, zeigt das schon Berechnung. Das ist kein Zufall mehr. Es wird versucht, Protesten oder Klagen, mit denen ja zu rechnen ist, auszuweichen. Das ist für uns das exakte Gegenteil von partnerschaftlicher Mitarbeit auf Augenhöhe, so wie wir sie vorher erlebt haben.

Und welcher Schaden ist jetzt entstanden?

L: Der Schaden ist vor allem vor Ort entstanden. Ein Teil der Projekte zielte darauf ab, Ehrenamtskoordination zu fördern, die vor Ort Strukturen aufbauen und sich vernetzen. Das ergibt natürlich nur Sinn, wenn es auf Kontinuität ausgelegt ist. Und jetzt ist zum ersten Mal eine zweijährige Förderphase eingerichtet worden, zuvor war es ja einjährig. Und ausgerechnet jetzt, wo Kontinuität in die Förderphase reinkommt, fliegen unsere Projekte komplett raus. Das ist ein immenser Schaden.

Auch bei neuen Projekten, die noch nicht angelaufen sind, ist es natürlich nicht schön, im Dezember die Mitteilung zu bekommen, dass sie nicht gefördert werden. Das ist auch ärgerlich, aber noch einmal eine ganz andere Situation als bei denen, die schon länger vor Ort ihr Projekt aufgebaut haben.

Was tut Ihnen dabei nun besonders leid?

L: Wir haben insbesondere auch Projekte in den ostdeutschen Bundesländern und von Migrant*innenorganisationen in unseren Antrag aufgenommen, doch offensichtlich spielte dies bei der Bewertung und Entscheidung keine maßgebliche Rolle. Auch der in unserem Antrag aufgenommene „Informationsverbund Asyl und Migration“, der übergreifend allen Verbänden und Organisationen nutzt und die gemeinsame Homepage Fluechtlingshelfer.info betreibt, wird nicht mehr gefördert.

S: Was ich als besonders schmerzlich empfinde und wofür ich politisch überhaupt kein Verständnis mitbringe, ist die Tatsache, dass hier sämtliche Frauenprojekte gekippt wurden. Wir hatten Projekte, da ging es um das Empowerment geflüchteter Frauen – ein frauenpolitisch und humanitär unheimlich wichtiges Thema. Da jetzt zu Teilen Schluss machen zu müssen, ist schon sehr hart.

Was kann der Paritätische nun tun?

S: Unabhängig davon, dass wir jetzt den Mitgliedsorganisationen vor Ort helfen, wie sie auch betriebswirtschaftlich durch diese schweren Zeiten kommen, müssen wir jetzt auch die politische Diskussion führen. Wir werden dazu noch einmal ein Schreiben mit unseren sehr grundsätzlichen Bedenken an Frau Widmann-Mauz senden, die ja leider kein persönliches Ge-

spräch mit mir wollte, sondern auf die Arbeitsebene verwies. Wir werden jetzt Kontakt zu den zuständigen Ausschüssen für solche Projekte suchen, um sehr grundsätzlich über nachhaltige Förderpolitik und Fördermanagement im Migrationsbereich zu diskutieren. Ich denke, dass wir unsere Gesprächspartner dort finden. Wir werden einerseits das Problem der Förderung skizzieren, uns auf der anderen Seite aber auch bemühen, zu verdeutlichen und dafür zu sensibilisieren, welche Projekte ins Aus geschickt wurden und was vor Ort gerade kaputt geht.

Lässt sich jetzt überhaupt noch etwas reparieren?

L: Vermutlich nicht. Wir haben keine Signale, dass die abgelehnten Projekte jetzt doch noch eine Förderung kriegen oder sich da noch irgendetwas tut. Formalrechtlich haben wir jetzt auch keine Ansprüche mehr. Die Entscheidung scheint endgültig zu sein.

S: Man kann jetzt nur für die Zukunft den Vorgang kritisch aufarbeiten und politisch diskutieren. Wir müssen uns gemeinsam mit der Politik Gedanken darüber machen, wie wir zu einer verbesserten Förderkultur und zu einem besseren Management in der Administration mit dem Ziel einer größeren Nachhaltigkeit gelangen können. Einen ähnlichen Diskussionsprozess erleben wir derzeit bei „Demokratie leben!“ ja auch.

Die Fragen stellte Philipp Meinert

Impressum



Magazin des PARITÄTISCHEN
 ISSN-1866-1718
 Telefon: 030/24636-0 · Fax: -110
 Internet: www.der-paritaetische.de
 Facebook: www.facebook.com/paritaet/
 Twitter: @Paritaet
 Instagram: [instagram.com/paritaet/](https://www.instagram.com/paritaet/)
 E-Mail: redaktion@paritaet.org
Verantwortlich: Dr. Ulrich Schneider

Redaktion:
 Gwendolyn Stilling (Leitung),
 Tel.: 030/24636-305
 Philipp Meinert,
 Tel. 030/24636-339

Anschrift von Herausgeber, Redaktion, und Vertrieb:
 Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband
 – Gesamtverband e. V.,
 Oranienburger Straße 13-14, 10178 Berlin
Druck: Henrich Druck + Medien GmbH,
 Schwanheimer Straße 110,
 60528 Frankfurt am Main

Bildnachweise: macrovector / Freepik
 Priscilla Du Preez/unsplash/freepik.com

Sonderausgabe März 2020



„Wir versuchen alles, damit unsere Ehrenamtlichen nicht spüren, dass jemand fehlt.“

Der Schreck steckt ihm immer noch in den Knochen. Wenn man Mamad Mohamad auf die Streichungen der Mittel der Bundesbeauftragten für sein Ehrenamtsprojekt anspricht, atmet er erst einmal tief durch am Telefon. Beim Landesnetzwerk Migrantenorganisationen Sachsen-Anhalt (LAMSA) in Halle, dessen Geschäftsführer Mohamad ist, sind über 500 migrantische Ehrenamtliche als Kultur- und Sprachmittler*innen oder in der Seelsorge aktiv. „Unsere Ehrenamtlichen sind in ganz Sachsen-Anhalt, von Stendal bis Naumburg, bis in den Harz und Halberstadt aktiv“ erklärt er. Ihre Arbeit ist jetzt akut gefährdet.

Denn die Koordinationsstelle, ein wichtiger Bestandteil des Ehrenamtsprojektes bei LAMSA, habe man notgedrungen streichen müssen. Die Ehrenamtlichen müssen aber dennoch betreut werden, nicht nur für Einsätze, sondern leider auch oft als Nicht-Deutsche, denn sie sind immer wieder auch Anfeindungen ausgesetzt. „Und jetzt haben wir das Problem, dass wir Lö-

sungen suchen müssen, wie wir unsere Ehrenamtlichen in Sachsen-Anhalt weiter und professionell begleiten können. Aber das können wir nicht so nebenbei stemmen“, seufzt Mohamad.

Seit die Koordinierungsstelle Anfang Januar weggefallen ist, versucht LAMSA die Betreuung der Ehrenamtlichen noch nebenbei zu erledigen. „Wir versuchen alles, damit unsere Ehrenamtlichen nicht spüren, dass jemand fehlt“, so der Geschäftsführer. Damit stößt der Verein aber bereit jetzt an seine Grenzen. Schon jetzt stocken die Informationsflüsse, während bis Ende letzten Jahres die Ehrenamtlichen umfassend informiert waren. Das kommt nicht gut an und führt zu Resignation. Mohamad weiter: „Da hören wir schon die ein oder andere wütende Rückmeldung und die Frage, wie es nun weitergehen solle.“

Unter der Notversorgung leidet auch die Weiterentwicklung des Programmes: „Neue Anfragen können wir leider gar nicht mehr bedienen. Jetzt ist es leider so, dass wir mögliche Ehren-

amtliche verlieren. Die denken sich: Wenn LAMSA mir nicht antwortet, suche ich mir etwas anderes“, so Mamad Mohamad.

LAMSA hat seine Geschäftsstelle in Halle an der Saale, wo im Oktober des vergangenen Jahres ein Neonazi eine Synagoge stürmen wollte und anschließend zwei Menschen erschoss. Viele Ehrenamtliche von LAMSA waren als Seelsorger*innen auch nach dem Anschlag aktiv. Mohamad: „Sie waren da und haben versucht, den Menschen Gesprächsangebote zu machen. Wir haben nach dem Anschlag eine Telefonseelsorge in 70 Sprachen mit Ehrenamtlichen geschaltet. Das war nur möglich, weil jemand da war, der die Ehrenamtlichen schnell koordiniert hat.“ So ein Angebot könnte LAMSA derzeit nicht bieten. Die Streichung der Mittel ist damit nicht nur ärgerlich für LAMSA und seine Ehrenamtlichen, sondern auch in der aktuellen politischen Situation ein fatales Signal.

Philipp Meinert

Mitglieder von LAMSA vor dem Wahlkreisbüro von Dr. Karamba Diaby (Mitte, roter Schal). Der Bundestagsabgeordnete aus Halle ist ständig rassistischen Anschlägen auf sein Büro ausgesetzt.

Mamad Mohamad (Mitte, blauer Schal) und weitere Mitglieder von LAMSA zeigen regelmäßig ihre Solidarität.



Drei Fragen an Sara Höweler, Exil - Osnabrücker Zentrum für Flüchtlinge e.V.

Exil wurde 1987 als eingetragener gemeinnütziger Verein in Osnabrück gegründet. Seither setzt sich der Verein in vielfältiger Form dafür ein, dass Geflüchtete und Menschen mit Migrationsgeschichte menschenwürdig und angstfrei hier leben können. Die Beratungs-, Bildungs-, kulturellen und gesellschaftlichen Angebote stehen allen Menschen offen – unabhängig von sozialer, kultureller oder religiöser Herkunft und dem offiziellen Aufenthaltsstatus. Auch das Empowerment geflüchteter Frauen war ein Arbeitsfeld von Exil, bis dem Verein die Landesmittel gestrichen und Bundesmittel verweigert wurden. Sara Höweler ist Geschäftsführerin von Exil und hat Philipp Meinert einige Fragen beantwortet. Weitere Infos zu Exil unter: www.exilverein.de



Frau Höweler, wie haben Sie davon erfahren, dass „Exil“ kurzfristig die Mittel vom Land gestrichen werden und es auch keine Bundesförderung gibt? Wie war die erste Reaktion?

Von der Streichung der Bundesmittel habe ich vier Tage vor Heiligabend aus einer E-Mail des Paritätischen erfahren. Entsetzt hat mich vor allem, dass der Gesamtantrag des Paritätischen abgelehnt wurde und nicht nur wir, sondern auch alle Mitgliedsorganisationen, die bereits vorher über das Programm gefördert wurden, keine Gelder mehr bekommen sollten. Ich kann gut verstehen und nachvollziehen, dass das bei sehr vielen für große Enttäuschung und Unmut gesorgt hat.

Von der Streichung der Landesmittel habe ich im Januar vom Geschäftsführer des Paritätischen Kreisverbandes Osnabrück erfahren. Mitte Oktober läuft das Programm aus, dann werden in Niedersachsen keine öffentlichen Gelder für Ehrenamtliche in der Flüchtlingshilfe mehr zur Verfügung stehen. Das war ein echter Schock, da wir fest mit einer Weiterförderung gerechnet hatten.

Welche Konsequenzen hat das konkret für die Arbeit von „Exil“ und vor allem für ihre Klient*innen?

Wir haben die Landesmittel für sämtliche ehrenamtliche Aktivitäten im Verein genutzt. Beispiele sind Sprachlernangebote wie „Frauen treffen Frauen – Sprache schafft Vertrauen“ oder „commYOUnication“. Auch die Ausgaben der Ehrenamtlichen für das Café International – ein Begegnungstreff für Einheimische, Geflüchtete und Migrant*innen – haben wir damit gedeckt. Materialien, die Ehrenamtliche gekauft haben, Lebensmittel für gemeinsame Kochabende oder Fahrtkosten und Eintrittsgelder für gemeinsame Ausflüge sind weitere Beispiele. Das waren alles ganz kleine Sachen, die aber in der Praxis viel bewirkt haben. Für unsere 380 Ehrenamtlichen ist die Streichung der Mittel ein Schlag ins Gesicht, und natürlich auch für unsere Klient*innen, die weiterhin auf das ehrenamtliche Engagement angewiesen sind.

Die große Mehrheit unserer Ehrenamtlichen sind Studierende oder Rentner*innen, die ihr ehrenamtliches Engagement nicht aus eigener Tasche finanzieren können.

Haben Sie Ideen, wie sie diese finanzielle Lücke schließen wollen?

Dort, wo es möglich ist, werden wir Anträge an Stiftungen und andere Fördermittelgeber*innen stellen. Außerdem haben wir Gespräche mit Politiker*innen geführt. Die Stadt Osnabrück hat einen Appell an das Land und den Bund gerichtet, die Mittel nicht zu streichen und auch der Niedersächsische Innenminister Boris Pistorius will sich dafür einsetzen, dass ehrenamtliche Ausgaben in der Flüchtlingshilfe weiterhin erstattet werden.

Aktuell planen wir außerdem ein Benefizkonzert, bei dem bekannte Musiker*innen und Sänger*innen für den guten Zweck auf der Bühne stehen. Ich denke, dass wir angesichts der drohenden Kürzungen in allen Bereichen noch stärker auf das Fundraising im Bereich Mitglieder und Privatspender*innen setzen müssen. Wenn man so wie wir jeden Tag dafür kämpfen muss, dass Stellen im Verein erhalten bleiben, Projekte fortgeführt werden können und wirklich jeden Euro zwei Mal umdreht, tut es weh, zu lesen, dass zum Beispiel die Ausgaben für Verteidigung 2020 erneut erhöht wurden auf 44,9 Mrd. Euro, während Mittel zur Unterstützung von Menschen in Not radikal gestrichen und gekürzt werden. Und dass das mit unseren Steuern geschieht.

Nachgefragt: Was bedeuten die Streichungen für Ihr Projekt und wie geht es nun weiter?

Der Schock ist bei vielen der fast 70 Projekten und Vereinen, die nun kurzfristig keine Bundesförderung bekommen, wohl noch immer nicht so richtig verdaut. Auf unsere Frage bekamen wir viele wütende, aber auch kämpferische Antworten. Ein paar davon haben wir hier ausgewählt.

„Das Ehrenamt wird mit Füßen getreten, ca. 90 Personen, die so dringend Unterstützung benötigen, ‚stehen im Regen‘, eine Mitarbeiterin bangt um ihre Arbeitsstelle!“

Hamida M. Steinhaus
GGUA Flüchtlingshilfe

„Die mobile psychologische Sprechstunde für besonders belastete gewaltbetroffene Flüchtlingsfrauen in Unterkünften wird ab 2021 nicht mehr stattfinden. Die Frauenhilfe hat über das Empowermentprogramm die Sprechstunde durch eine Traumatherapeutin finanziert, um den hochtraumatisierten Frauen die dringend notwendige Beratung zu gewährleisten. In 2020 wird die Frauenhilfe das Angebot über Spendenmittel finanzieren müssen, dies ist ab 2021 nicht mehr möglich.“

Lydia Dietrich
Frauenhilfe München

„Wir haben Infocafés angeboten und über 100 geflüchtete Frauen in Einzelberatung mit von uns geschulten Sprachmittlerinnen unterstützt. Diese Angebote mussten komplett gestoppt werden. Beratungsprozesse brechen ab, traumatisierte Frauen erleben eine retraumatisierende Destabilisierung. 90 Prozent von ihnen müssen mindestens zwei minderjährige Kinder versorgen. Die Kooperationspartner in der Geflüchtetenhilfe sind verunsichert: ‚So wichtig ist das Thema geschlechtsspezifische Gewalt und Traumatisierung wohl doch nicht‘. Die jahrelange Aufklärungsarbeit und das Vertrauen in

unsere Einrichtung sind zunichte gemacht.“

Sabine Böhm
frauenBeratung nürnberg für gewaltbetroffene Frauen und Mädchen

„Wir bedauern sehr, dass die Förderung der zwingend notwendigen Qualifizierungsmaßnahmen (Mentorenprogramm, Jahreskongress) für unsere ehrenamtlichen Sprachmittler*innen nicht erfolgt. Wir gingen fest von einer Fortführung aus und sind jetzt in eine sehr angespannte finanzielle Lage gerutscht.“

Dr. med. Korbinian Fischer
Triaphon

„Unser Projekt lautet ‚Ein Sommer der Frauen‘ und ist darauf ausgerichtet, das Selbstbewusstsein der Frauen für das Leben in Deutschland zu stärken.

Für uns bedeutet die Absage konkret, dass gerade die begehrten Teile des Projekts, wie ein Fahrradkurs, möglicherweise nicht zustande kommt.“

Brigitte Speidel-Frey
Netzwerk für Flüchtlinge Rödermark e.V.

„Die Entscheidung ist für uns eine Katastrophe! Es wurde Geld gestrichen für Projekte, die Begegnung schaffen und die Menschen in unsere Gesellschaft integrieren. Welch falsche Entscheidung! Zudem sinken unsere Spenden und wir müssen nun Angebote für traumatisierte Flüchtlinge streichen.“

Jürgen Soyer
Geschäftsführer Refugio München



„In Karlsruhe leben ca 400 Personen in sog. Übergangwohnheimen und Privatwohnungen in teilweise prekären Verhältnissen. Sie sind auf dem Wohnungsmarkt chancenlos und stark benachteiligt. Die Teilnehmenden des Projektes Wohnchance hatten erstmalig Zugang zum regulären Wohnungsmarkt, was nun nicht mehr möglich ist.“

Sabine Santina Meglio
fka - Freundeskreis Asyl Karlsruhe e.V.

„Durch das Ende unserer Förderung erlebt die Unterstützung von Geflüchteten durch ehrenamtliche Sprachmittler*innen, Begleiter*innen und Berater*innen in Berlin einen enormen Einschnitt. In Zeiten eines erstarkenden Rassismus und Neonazismus und der katastrophalen Behandlung von Geflüchteten innerhalb und an den Grenzen der EU, kann ein Zusammenstreichen von Zivilgesellschaft nicht die Antwort sein.“

Lisa Wildenhain
*Kontakt- und Beratungsstelle für Flüchtlinge und Migrant*innen e.V.*

„Durch das Ehrenamtsprojekt konnte den Helfer*innen die Wertschätzung und dadurch immer neue Motivation gegeben werden. Ohne die Förderung wird es äußerst herausfordernd für die hauptamtlichen Integrationsberater*innen, den Engagierten diese nötige Stütze zu geben.“

Dr. Neven Klepo
Hilfe von Mensch zu Mensch